

# Letztes Werben für die Kanzlerin vor der Wahl

CDU-Europaabgeordneter läutet Endspurt ein – Gegen die Aufnahme der Türkei und für deutliche Gespräche mit Ungarn und Polen

Von Wolfgang Stephan

**LANDKREIS.** Der Endspurt zur Bundestagswahl ist eingeläutet: Mit dem Europaabgeordneten Burkhard Balz hatten die Christdemokraten gestern Abend ihren letzten Polit-Gast zu Besuch – am Abend in Freiburg und zuvor beim TAGEBLATT.

Die Botschaft von dem ehemaligen Banker, der seit 2009 im Europaparlament sitzt, ist keine Überraschung: Nur eine Kanzlerin Angela Merkel garantiere Stabilität in Europa, nur diese Kanzlerin garantiere Erfolg und Durchsetzungskraft. Dies gelte besonders mit Blick auf den Solidaripakt bei der Flüchtlingsfrage. Das von der Slowakei initiierte Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof habe Klarheit gebracht – alle EU-Länder hätten die Lasten zu tragen.

Das gelte jetzt besonders für Polen und Ungarn, die sich hartnäckig weigern, Flüchtlinge aufzunehmen. „Mit denen müssen



Gut gelaunt im Wahlkampf: Oliver Grundmann, Enak Ferlemann, Burkhard Balz und Kai Seefried. Foto Stephan

wir ernsthafte Gespräche führen“, sagte der CDU-Politiker. Sollte es auf diesem Wege keine Einigung geben, müsste es Sanktionen ge-

ben, das wirkungsvollste Mittel seien Finanzsanktionen. Beide Länder bekommen viel Geld von der EU.

Beim Thema Türkei sei die Lage eindeutig: Die Türkei habe sich mehr denn je von der Europäischen Union entfernt und

könne daher nicht Mitglied der EU werden. Balz: „Wir wollen keine Türkei in der Union.“ Diese Haltung habe es in der CDU schon immer gegeben.

Während die Kanzlerin im TV-Duell mit Martin Schulz (SPD) auch angekündigt hatte, dass sie sich auf europäischer Ebene für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen einsetzen wolle, möchte Balz „die Tür der Gespräche offen halten“.

Weitere Themen des Europapolitikers: Im Rahmen einer „institutionellen Reform“ spricht er sich für einen europäischen Finanzminister aus, um eine engere Kooperation in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu bekommen.

Das gelte auch für die Verteidigungspolitik. Hier sieht Balz durch den Brexit sogar eine bessere Chance der Zusammenarbeit, weil aus dem Vereinigten Königreich in der Vergangenheit diese angestrebte Kooperation eher „stark gebremst“ worden sei.